

Inland

Irving-Verteidiger Schaller zweifelt an Gaskammern

In Teheran gehaltene Rede des Juristen auch in Österreich publiziert

Von WZ Online / Apa

Wien. Der Wiener Jurist Herbert Schaller, bekannt geworden als Verteidiger des britischen Holocaust-Leugners David Irving, hat im vergangenen Dezember bei der Holocaustleugner-Konferenz in Teheran eine Rede gehalten. Die laut Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) rechtsextreme Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) hat sie in einer Broschüre zur Gänze abgedruckt. Die Staatsanwaltschaft prüft den Text nun auf strafrelevante Aussagen nach dem Verbotsgesetz.

Schaller gibt laut der unter dem Titel "Die strafrechtliche Seite des Holocaust-Problems" erschienenen "AFP-Information" unter anderem Folgendes von sich: "... Erstens die Tatsache, daß die Beschuldigung der Deutschen mit dem Holocaust bisher nicht ordnungsgemäß bewiesen ist; ..." (Seite 1). Auf Seite 3 heißt es unter anderem: "Tatsache ist aber auch, daß von einem rechtsstaatlich einwandfrei erbrachten Nachweis der NS-Gaskammern nach wie vor keine Rede sein kann." Auf Seite 8 heißt es: "(...) die Existenz von Gaskammern scheint im Rang eines quasi-religiösen Dogmas zu stehen, dem die Wirklichkeit von Sachbeweisen nichts anhaben darf."

Die Staatsanwaltschaft überprüft den Fall auf strafrelevante Aussagen nach dem Verbotsgesetz neu: Schaller war bisher nicht zu verfolgen, da er die Aussagen in Teheran, also im Ausland getätigt hatte. Die Veröffentlichung der Broschüre im Inland könnte den Sachverhalt nun ändern. Als Erscheinungsort ist Klagenfurt angegeben, Verlagspostamt ist ebenfalls "9020 Klagenfurt".

Das wiederum erscheint unter anderem deshalb brisant, weil die AFP derzeit selbst im Visier der Verfassungsschützer in Österreich steht. Im März sind drei führende Kader des Bundes freier Jugend (BfJ) in Oberösterreich verhaftet worden, nachdem der von der Organisation veranstaltete "Tag der Volkstreuen Jugend in Salzburg" aufgelöst worden war. Gegen sie läuft eine Voruntersuchung des Landesgerichtes Wels. Der vom DÖW als neonazistisch eingestufte BfJ gilt als Jugendorganisation der AFP.

Kritik an "Wiener Zeitung"-Chefredakteur Unterberger

Nach der SPÖ haben nun auch die Grünen den Chefredakteur der "Wiener Zeitung", Andreas Unterberger, kritisiert. Anlass ist ein Gastkommentar des Verteidigers des britischen Holocaustleugners David Irving, Herbert Schaller, der im Jänner in der "Wiener Zeitung" zu lesen war. Im Zusammenhang mit dieser Causa haben die Grünen Nationalratsabgeordneten Terezija Stoisits und Wolfgang Zinggl am Dienstag eine parlamentarische Anfrage an Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (S) "betreffend rechtsextreme Kommentare im Amtsblatt der Republik" gestellt.

In Zusammenhang mit diesem Gastkommentar steht eine gerichtliche Auseinandersetzung zwischen Unterberger und dem Verein Gedenkdienst im Raum. Der Verein hatte gemeinsam mit anderen Organisationen wie dem DÖW und der Aktion gegen den Antisemitismus den Rücktritt Unterbergers verlangt, nachdem der Gastkommentar Schallers erschienen war. Darin hatte der Jurist Kritik am Obersten Gerichtshof (OGH), am NS-Verbotsgesetz und an SP-Justizsprecher Hannes Jarolim geübt und das Urteil gegen seinen Mandanten David Irving als "rechtsstaatlich skandalös" bezeichnet.

In ihrer Anfrage kritisieren die Grünen unter anderem, dass Unterberger in Zusammenhang mit dem

Kommentar "seine journalistische Sorgfaltspflicht grob vernachlässigt hat". Unter anderem wollen die Grünen vom Kanzler "angesichts der Tatsache, dass Dr. Unterberger keinerlei Bereitschaft erkennen lässt, seinen Fehler einzugestehen und daraus entsprechende Konsequenzen abzuleiten" wissen, "welche Schritte" Gusenbauer zu unternehmen gedenke, "um ähnlichen Vorfällen künftig vorzubeugen".

Dass Schaller in der "Wiener Zeitung" zu Wort kommen durfte, verteidigte Unterberger so: "In jenem Gastkommentar ging es weder um die Teheraner Konferenz - Schallers Teilnahme war mir damals nicht einmal bewusst - noch um Holocaust-Leugnung." Letzteres habe ihm Brigitte Bailer, Chefin des Dokumentationsarchivs, in einem Brief "ausdrücklich bestätigt". "Es ging vielmehr um eine juristische Debatte nach einer Richter-Schelte des Abgeordneten Jarolim, von dem ich sogar zweimal Gastkommentare veröffentlicht habe - vor und nach Schaller."

Donnerstag, 14. Juni 2007

WIENER ZEITUNG · 1040 Wien, Wiedner Gürtel 10 · Tel. 01/206 99 0 · Mail: online@wienerzeitung.at